



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Übers- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Verwaltungsregister.

Inhalt: Die christlichen Gewerkschaften als politische Vereine. — Feuilleton: Was will die Gewerkschaft? — Aus dem Genossenschaftsleben. — Korrespondenzen (Berlin, Hamburg, Waidau). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 7. bis 13. Juni 1914 ist die Beitragsmarke in das mit 24 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Die christlichen Gewerkschaften als politische Vereine.

Eine in der Zentrums-Prese kürzlich erschienene Korrespondenz der christlichen Gewerkschaften wehrte sich gegen die Behauptung, daß die christlichen Gewerkschaften ebenso wie die freien Gewerkschaften als politische Vereine erklärt werden müßten, da auch sie sich mit politischen Angelegenheiten befassen: Die christlichen Gewerkschaften beschäftigen sich nur mit sozialpolitischen Dingen; sollten die Gewerkschaften aus diesem Grunde zu politischen Vereinen gestempelt werden, so würde die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossenen Widerstand entgegensetzen.

Die Abwehrstellung, in die die freien Gewerkschaften bei der jetzigen Polizeiverfolgung gedrängt werden, und die offene und versteckte Schandenfreude, die die Christlichen darüber bekunden, treiben uns dazu, diese Behauptungen der christlichen Gewerkschaften doch einmal etwas näher auf ihre Tatsächlichkeit zu prüfen. Unseren Gewerkschaften ist übrigens schon die Beschäftigung mit sozialpolitischen Dingen als politische Tätigkeit angerechnet worden.

Alles das aber, was den freien Gewerkschaften in dieser Beziehung schon als Merkmal ihres politischen Charakters angekreidet worden ist, besitzen die christlichen Verbände in noch schärferer Ausprägung. Sie machen Eingaben an den Reichstag und an die Landtage, stellen Anträge zu Gesekentwürfen und nehmen in Petitionen zu sozial- und berufspolitischen Fragen Stellung. Das geschah bisher auf fast allen christlichen Gewerkschaftskongressen und Generalversammlungen.

Als Beweis des politischen Charakters der freien Gewerkschaften gelten unserer Polizei und Justiz deren internationale Vereinbarungen und Konferenzen. Auch darin machen die christlichen Gewerkschaften keine Ausnahme. Im Jahre 1908 war eine internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer in Zürich. Diesbezügliche dort einen Vortrag über „Die Notwendigkeit, mit den Arbeitskollegen der anderen Nationen Fühlung zu nehmen, nicht bloß, um bestimmte konkrete Fragen zu regeln, wie den Verkehr in den Grenzgebieten, die Auswanderung, gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen, sondern noch mehr, um von einander zu lernen“. Seither finden diese internationalen Konferenzen regelmäßig statt. Seit dem 1. Januar 1909 haben sie ein besonderes

internationales Sekretariat errichtet mit Stegerwald-Böden an der Spitze.

Nun bestreiten die christlichen Gewerkschaften ihren politischen Charakter mit dem Einwand, sie hätten mit „Politik im engeren Sinne“ gar nichts zu tun. Nur das Eintreten für bestimmte politische Parteien konstruiere eine politische Betätigung. Wenn das zutrifft, dann beteiligen sich aber die christlichen Gewerkschaften sehr stark am politischen Leben. Die Partei, für die es geschieht, ist das Zentrum. Das zu leugnen, ist bei den zahlreichen vorliegenden Beweisen völlig zwecklos. Die Christlichen werden einfach von der Zentrums-Partei für sich reklamiert und fügen sich dem. Einige Beispiele:

Die „Eriersche Landeszeitung“ berichtete in ihrer Nummer vom 18. Oktober 1910 aus den Verhandlungen des Zentrums-Parteitages für den Regierungsbezirk Erier:

„Justizrat Trimbom erklärte vorweg, daß die Liberalen nicht auf ihre Rechnung kommen würden, wenn sie glaubten, die Anhänger der beiden gewerkschaftlichen Richtungen sitzen aufeinander und führten einen Krach-herbei. Das Zentrum sei nicht der Boden, auf welchem die Gewerkschaftsfrage gelöst werden könnte. Wir müßten stets festhalten, daß beide Richtungen (Kölnner und Berliner) dem Zentrum dienen wollten. Daher gehe uns der Streit in dieser Versammlung nichts an.“

In Godesberg a. Rh. hat am 29. April 1911 Dr. Spahn eine große politische Rede gehalten. Nach der „Germania“ Nr. 147 hat der Zentrumsführer u. a. ausgeführt:

„Ich bin nicht Pessimist, aber soll der Ausgang der Wahlen unseren Wünschen und Bedürfnissen entsprechen, dann muß in allen Wahlkreisen alles auf die Schanzen. Unsere Vereine voran: Volksvereine und christliche Gewerkschaften und Arbeitervereine durch die Aufklärung in der Sozialpolitik, unsere Wahlvereine und unser Windhorstbund in der Agitation, auch in der Wahlrede, neben den Vereinen in alltäglichem Ansporn unsere Presse.“

Das „Düsseldorfer Tageblatt“, eine Zentrumszeitung, wurde von freiorganisierten Arbeitern aus Hilden wegen Beleidigung verklagt. Das Amtsgericht wies die Privatklage zurück, ebenso wurde die Berufung dagegen vom Landgericht Düsseldorf am 17. Juni 1913 verworfen. Und zwar wegen Subtilitän des § 193 für den Zentrumsredakteur. Erfreulich wirkt die Unbefangenheit, mit der die Düsseldorfer Richter die enge Verbindung zwischen Zentrums-Partei und christlicher Gewerkschaft feststellen. Es heißt in dem Beschluß:

„Der fragliche Artikel ist vom christlichen Metallarbeiterverband eingekauft. Gemäß der Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Zentrums-Partei mußte der Beschuldigte als Redakteur eines Zentrumsblattes dieser Zeitschrift Aufnahme gewähren. . . . Hätten die christlichen Arbeiter nicht die Möglichkeit, ihre Interessen in den christlichen Gewerkschaften zu

vertreten, so wären sie gezwungen, ihre Interessenvertretung den freien sozialdemokratischen Gewerkschaften anzuvertrauen und wären damit für die Zentrums-Partei verloren. Der Beschuldigte, als Redakteur eines Zentrumsblattes und als Anhänger der Zentrums-Partei, handelte daher in Wahrnehmung berechtigter Interessen, als er diesen Artikel aufnahm.“

So scharf umrissen hat noch kein Gericht die Zusammengehörigkeit von sozialdemokratischer Partei und freien Gewerkschaften festgestellt, wie es hier dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften gegenüber geschieht.

Immerhin — werden die Christen jagen — auch Richter können irren. In der Praxis sind die politischen Gewerkschaften politisch völlig neutral. Die nachstehenden Tatsachen reden jedoch eine andere Sprache.

Im Dezember 1906, bald nach der letzten Reichstagsauflösung, tagte in Düsseldorf eine Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer, die aus ganz Westdeutschland stark besucht war. Wie die „Rheinische Volkszeitung“ meldete, „kam die Versammlung zu dem einmütigen Ergebnis, daß bei dem diesjährigen Wahlkampfe alles aufgeboten werden müsse, damit auch im neuen Reichstage die Zentrums-Partei mindestens wieder die seitherigen Plätze besetze.“

Als dies vom „Vorwärts“ festgenagelt wurde, erhielt er „aus christlichen Gewerkschaftskreisen“ in der „Rheinischen Volkszeitung“ zur Antwort:

„Die christlichen Gewerkschaftsführer müßten ganz verschrobene Köpfe sein, wenn sie den politischen Kampf spurlos an sich vorbeiziehen ließen. Werden doch erst durch die Reichsgesetzgebung die Vorbedingungen geschaffen, unter denen sich die Gewerkschaftsbewegung entwickeln kann.“

Das ist an sich ein ganz vernünftiger Standpunkt. Wie kommen aber diese selben „christlichen Gewerkschaftskreise“ dazu, die freien Verbände wegen derselben Auffassung zu verlästern und sie zu demunzieren als politische Vereine?

In Königsteckle hielt am 20. Dezember 1908 der christliche Gewerbeverein der Bergarbeiter eine Mitgliederversammlung ab, die fast ganz von der Erörterung politischer Fragen ausgefüllt wurde. In der Hauptsache drehte es sich um die verfloffene Gemeinderatswahl, bei der der Zentrums-kandidat durchgefallen war. Gewerbevereiner, die liberal gewählt hatten, wurden in der Versammlung gehörig abgeburstet, worüber sich einer dieser „Liberalen“ in der „Sattinger Zeitung“ bitter beklagte.

Es ist übrigens schon öfter vorgekommen, daß Gewerkschaftschriftliche aus der Reihe tanzten und zur Abwechslung statt des Zentrums die National-liberalen wählten. So in Saarbrücken bei der Reichstagswahl von 1907. Dort wurden die Mitglieder des christlichen Gewerbevereins von ihrem Ortsvorstand zum Besuche der nationalliberalen Parteiversammlung am 5. Februar in den Saalbau in Saarbrücken bestellt und ihnen Fahr- und

Zehrgeld erstattet, damit nur der Oberscharmacher Volk in den Reichstag kam. In den zentrumsfesten Gewervereinskreisen machte die Sache viel böses Blut und konnte nur mit Mühe wieder eingeregelt werden.

Mit welcher Selbstverständlichkeit die Ortsvereine der christlichen Gewerkschaften als Wahlvereine fungieren, ist recht drastisch zu erkennen an der Tätigkeit der Zahlstelle Vottrop des christlichen Gewervereins der Bergarbeiter. In einer Konferenz stellte sie 1907 zwei Zentrumslandkandidaten für die Gemeindevahl auf. Um die evangelischen Bergarbeiter zur Stimmabgabe für die Zentrumsleute zu bewegen, wurde ihnen versprochen, daß 1909 ein evangelischer Bergmann als Zentrumslandkandidat aufgestellt werden sollte.

Das geschah. 1909 nahm eine Funktionärsitzung des christlichen Gewervereins wiederum die Aufstellung der Kandidaten vor und erlor dazu einen evangelischen Bergarbeiter, der auch gewählt wurde. Vorher war er auf dem Rechtschutzbureau des christlichen Gewervereins gehörig gearbeitet und auf das „Kommunalprogramm des Zentrums“ verpflichtet worden. Der evangelische Zentrumsmann konnte nicht lange seines Amtes walten. Er wurde von einem katholischen Zentrumsmann — seinem Betriebsführer — gekündigt und mußte die Gemeinde verlassen!

Im Jahre 1911 riskierte es der christliche Gewerkschaftler und Snappschäftsälteste W., ein Protestant, als Vertreter des „Bürgervereins“ bei der Gemeindevahl in Vottrop zu kandidieren. Dafür wurde er in der Konferenz des christlichen Gewervereins, die kurze Zeit darauf in Kirchellen tagte, heftig angegriffen. Besonders der Gewerkschaftsbeamte L. machte ihm Vorwürfe darüber, daß er sich mit seiner Kandidatur gegen das Zentrum erklärt habe. Seine Berufung auf die politische Neutralität fand kein Gehör: er wurde niedergeschrien und vom Vorsitzenden L. wurde ihm erklärt, daß er das nächste Mal nicht wieder als Snappschäftsältester aufgestellt werde.

Auch in Vorbeck machen die christlichen Gewerkschaften die Gemeindevahl. Noch bei der vorletzten Wahl stellte das christliche Gewerkschaftskartell in einer Sitzung die Kandidaten für die dritte Klasse auf, die dann auch vom Zentrum unterstützt wurden.

Die Bezirkskonferenz Gelsenkirchen des christlichen Gewervereins der Bergarbeiter stellte zur Generalversammlung des Verbandes im Jahre

1909 folgenden niedlichen Antrag (Nr. 4 des Protokolls):

„Die Generalversammlung wolle beschließen, daß der § 8 des Statuts dahin auszulegen ist, daß Mitglieder, welche bei Wahlen im ersten Wahlgange dem Sozialdemokraten ihre Stimme geben, ausgeschlossen werden können, bei notwendigen Kompromissen jedoch nicht.“

Durch Zeitungsnutzen rechtzeitig gewarnt, unterließ es die christliche Generalversammlung, den Antrag zu verhandeln. Daß nicht ein Einzelnr, sondern die Vertreterkonferenz eines großen Bezirkes einen solchen Antrag stellen konnte, läßt immerhin Schlüsse zu auf die Gepflogenheiten dieser christlichen Gewerkschaft.

Die Vorgänge bei der Reichstagswahl von 1912 sind noch in frischer Erinnerung. Wenn bis dahin ein Zweifel möglich war an dem politischen Charakter der christlichen Gewerkschaften, so wurde er gründlich zerstört. Sie waren die eigentlichen Wahlmacher — ihnen hat das Zentrum eine große Anzahl Mandate zu verdanken. Ja, noch mehr: Die politische Betätigung sieht den Christlichen so tief im Blute, daß sie sogar, entgegen ihrer Neigung, den Nationalliberalen Mandate zuschanzten. Ohne die fleißige Mitarbeit der christlichen Gewerkschaften wären z. B. die Wahlkreise Bochum und Duisburg von den Nationalliberalen nicht geholt worden. Im westdeutschen Industriebezirk hätten die Zentrumsliberalen bei Stichwahlen zwischen ihnen und den sozialdemokratischen Kandidaten überhaupt nichts zu tun brauchen — so energisch trat der Wahlapparat der christlichen Gewerkschaften für sie ein.

Diese Stellungnahme der Christlichen entsprang keinem augenblicklichen Impulse, sondern war lange vorher im Schoße der Zentrumsparlei festgelegt worden. Dort sitzen die Manager; die die christlichen Querköpfe im Schnürchen halten und nach den diplomatischen Intentionen der Zentrumsparlei handeln lassen. Ein Gewerkschaftsführer hatte es schon ein ganzes Jahr vor der Wahl ausgeplaudert. Der Beamte des christlichen Gewervereins der Bergarbeiter, Hüßkes, sagte schon am 15. Januar 1911 in einer Versammlung in Herne:

„Wenn die nationalliberale Partei im Wahlkreise Bochum-Gelsenkirchen einen annehmbaren Kandidaten aufstelle und dieser mit Otto Hue in die Stichwahl komme, dann seien für Otto Hue die schönen Tage von Aranjuez vorbei.“

Der Zentrumsparlei ging soviel Redseligkeit wider den Strich. Denn die Nationalliberalen verbanden Hüßkes mit und stellten einen christlich organisierten Bergmann auf. Um nun zu verhindern, daß etwa die christlichen Arbeiterstimmen schon im ersten Wahlgange den Nationalliberalen zufließen, schrieb die „Gelsenkirchener Zeitung“:

„Sedenfalls muß es aber entschieden zurückgewiesen werden, wenn man liberalerseits die christlichen Gewerkschaften wahlpolitisch zu beeinflussen sucht. Wir weisen darauf hin, um der nationalliberalen Partei zu zeigen, daß sie, falls mit ihrer Arbeiterkandidatur ein Sumpfsfang in fremden politischen Jagdgründen beabsichtigt sein sollte, sie sich damit in einem großen Irrtum befindet.“

„Fremde politische Jagdgründe“ sind die christlichen Gewerkschaften für jede andere Partei — diese Jagdgründe haben das Zentrum in Erbpacht. Daß es 1912 dennoch die liberalen Jagdgäste in seine Jagdgründe hineinließ, verschuldete die Angst vor dem roten Jäger.

Solche Dinge können den Wächtern der Gesetzgebung nicht verborgen bleiben. Wie kommt es aber, daß von den Behörden noch nichts gegen die politischen christlichen Gewerkschaften unternommen wurde, während man jahrelang die Zeitungen, Flugblätter und Protokolle von freien Gewerkschaften durchstöberte, um sie politischer Betätigung bezichtigten zu können? Die Antwort darauf gibt nachstehendes:

In Flensburg fand am 13. August 1911 ein Katholikentag für Schleswig-Holstein statt. Ein Angestellter des katholischen Volkvereins — Dr. Sonnenschein aus München-Glabach — hielt einen Vortrag über den Alerikalismus und kam dabei auf die christlichen Gewerkschaften zu sprechen. Der M.-Glabbacher Akademiker sagte wörtlich:

„Der Kern und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften ist durchaus konservativ. Wie die Sache augenblicklich liegt, kann ich Ihnen versichern, daß die bedeutendsten konservativen Führer und unsere bedeutendsten Staatsmänner — ich will keine Namen nennen — eingesehen haben, daß es unter allen Umständen gelingen muß, die christlichen Gewerkschaften hochzuhalten, koste es, was es wolle, um die sozialdemokratische Hochflut zurückzuhalten.“

Dr. Sonnenschein hat damit jedenfalls die Wahrheit gesagt. Denn es sind seither den christ-

Was will die Gewerkschaft?

Was die Gewerkschaft will?

Du fragst noch lange, während Not und Kummer
An niederen Hütten pochen und den Schummer
Der Armen und Enterbten höhnend stören,
An bleichen Wangen unersättlich zehren,
Und Geiz und Niedertracht mit scharfen Geißeln
In mag're Rücken blut'ge Striemen meißen —
Du fragst noch lange?

Was die Gewerkschaft will?

Ja, geht es Dir nicht schlecht? Kannst Du alleine
Aus eig'ner Kraft Dir helfen? Nein, ich meine:
Dazu gehört Zusammenfluß der Massen,
Ein Band, das alle kräftig muß umfassen
Zu einem Handeln, einem festen Willen!
Nur dann wird unser Sehnen sich erfüllen!

Was die Gewerkschaft will?

Ja, ist Dein Lohn denn gut? Und wird Dein Leben
Nicht täglich mehr verteuert, daß das Streben
Nach bess'rem Lohn berechtigt ist und nötig?
Hier hilft nur der Verband! Er ist erbötig,
Mit weiser Vorsicht, aber scharfen Waffen
Für unsre Brüder bessern Lohn zu schaffen!

Was die Gewerkschaft will?

Die Arbeitszeit ist lang. Bei Tag und Nacht
Schafft der Prolet in Werkstatt und im Schacht,
Am Bau, in der Fabrik, an heißer Esse;
Am Glutentherd, in Giftduft und in Risse
Schafft er und formt des Lebens reiche Schätze
In ewiger und ungewisser Feste . . .

Was die Gewerkschaft will?

Die Arbeitszeit, zu lang, will sie verkürzen,
Die tierisch lange Fronie will sie stürzen,

Sie will, daß all die fleiß'gen Arbeitsbienen
Dem Mammon niemals täglich länger dienen
Als menschl'ch nötig! Das ist unser Streben!
Verkürzte Arbeitszeit verlängert uns das Leben!

Was die Gewerkschaft will?

Begreife doch, daß unschätzbare Werte
Verkürzte Arbeitszeit enthält: die schöne Erde,
In voller Pracht lacht sie Dir zu und winkt
Dem Heer der Arbeit, und es singt und klingt
Im Baum, in Büschen, in den Feldern, Heiden —
Die Schönheit der Natur sollst Du entdecken!

Was die Gewerkschaft will?

Verkürzte Arbeitszeit! Ja, auch der Proletar
Soll sich erfreuen dieser Welt! Die große Schar
Des Arbeitsvolkes soll sich froh erquiden,
Soll reine Luft genießen, mit Entzücken
Erfassen die Natur! Gebot der Menschlichkeit
— Nichts weiter — ist der Satz: Dem Volk mehr
Zeit!

Was die Gewerkschaft will?

Mehr Zeit! Mehr freie Zeit dem Volke,
Daß es sich unbehindert aus der trüben Wolke
Unwürdiger Geistes knechtschaft kann erheben
Zu klarer Wissenschaft, zu reinem Leben!
Deshalb mehr Zeit, mehr freie Zeit herbei!
Mehr Wissen ist mehr Bildung! Bildung macht
uns frei!

Was die Gewerkschaft will?

Im Klassenstaat mit zwingender Gewalt
Nahet sich des Lebens Not in mancherlei Gestalt
Dem Volk der Arbeit. Hier hilft der Verband!
Er reicht mit Bruderinn dem Darbenben die Hand
Und stützt ihn, daß er mutvoll, ohne Grauen,
Den Schicksalsnöten kann entgegenstauen!

Was die Gewerkschaft will?

Das höchste Gut des Arbeitsmannes ist
Sein Selbstbewußtsein! Keine Friederei
Vor denen, die auf Mammonschätzen sitzen!
Die Solidarität soll stärken Dich, beschützen,
Dir zeigen, daß Du, einig, nicht mehr schwach bist,
Dein Recht zu fordern immer auf der Wacht bist!

Was die Gewerkschaft will?

Mehr Menschentum! Nichts mehr von Sklaverei!
Auf Erden einen steten Sonnemai
Des Friedens, Wohlseins und der Götterlust,
Daß jeder atme frei aus voller Brust,
Daß jedermann an jedem Tag aufs Neue
Sich dieser schönen Erde voll erfreue!

Was die Gewerkschaft will?

Frag' nicht mehr lang! Nur uns're Einigkeit
Führt uns entgegen einer bessern Zeit!
Vereint nur hat das Proletariat die Stärke,
Die es gebraucht, um bei dem großen Werke
Der Volksbefreiung nicht zu unterliegen!
Durch Einigkeit zur Kraft! Die Kraft wird siegen!

Drum vorwärts! Zur Gewerkschaft ohne

Wanken!
Frisch auf zur Tat! Laßt uns nicht länger
schwanken!

Ein Volk, ein Herz, ein Sinn, vereintes Streben!
Es gilt der Arbeit, Freiheit, gilt dem Leben!
Das große Werk, es soll und muß gelingen!
Vereinte Kraft wird uns die Freiheit bringen!

lichen Gewerkschaften von konservativen Führern und von Staatsmännern öfters Komplimente gemacht worden, für ihre „konservative“ Haltung bei Wahlen und bei Streiks. So hatte im Januar 1912 der Rektor Legeher in Herne dem Reichskanzler telegraphisch den Sieg der nationalliberalen Partei gemeldet. Der Reichskanzler antwortete:

„Verbündeltesten Dank für die Meldung des Wahlergebnisses. Dieser Sieg bedeutet einen schönen Erfolg der patriotischen Haltung der christlich-nationalen Arbeiterschaft und des hingebenden Wirkens ihrer Führer.“

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.“

Hier bestätigt der Kanzler das, was an anderer Stelle über die politische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften beim Wahlkampf 1912 gesagt ist. Es sind nur die christlichen Gewerkschafter mit der „christlich-nationalen Arbeiterschaft“ gemeint, denn die anderen, die „wilden“ Christen, haben keine Führer, die hingebend wirken könnten.

Damit wollen wir für heute die „politisch neutralen“ christlichen Gewerkschaften verlassen. Wir tragen durchaus kein Verlangen danach, daß sie von den Behörden für politisch erklärt werden. Es hieße den herrschenden Gewalten zuviel Selbstverleugnung zumuten, wenn sie mit ihren Wahlhelfern und Streikbrechern so unglücklich verfahren sollten, wie mit den freien Arbeitern. Unsererwegen sollen die Christlichen ruhig bleiben, was sie sind. Aber zeigen wollten wir mit Vorstehendem, wie es im Rechtsstaate eben nicht dasselbe ist, wenn zwei dasselbe tun.

Aus dem Genossenschaftsleben.

Die „freie Konkurrenz“, welche in früheren Jahrzehnten außerordentlich viel zur Entwicklung des Wirtschaftslebens beigetragen hatte, ist heute eine beinahe vergessene Erscheinung. Unser derzeitiger Wirtschaftsmarkt wird fast ausschließlich von einer Anzahl kapitalträchtiger Organisationen beherrscht, die in ihren Branchen den Warenverkehr, zum Teil auch die Warenproduktion dirigieren. Wir wissen z. B. von dem sogenannten Kohlentor, daß es nicht nur die Kleinhandelspreise für Kohlen anordnet, sondern daß es sogar die Menge der Kohlen für gewisse Lieferungskreise bestimmt und dabei ängstlich bemüht ist, ja nicht zuviel zu liefern, damit nicht etwa beim laufenden Publikum der Eindruck erweckt wird, als wäre Ueberfluß an Kohlen vorhanden. Aber nicht nur der Kohlenhandel, auch die Kohlenförderung wird vom Kontor aus bestimmt, und zwar wird jeder Grube das Förderungsmaß vorgeschrieben. Und die Grubenbesitzer haben sich bisher den Anordnungen gefügt (bis auf einen im letzten Winter ausgebrochenen Bruderkampf, der uns für den kommenden Winter billigere Kohlen verschafft, aber allzulange wird das Publikum der lachende Dritte nicht sein, um des dreimal geheiligten Profits willen wird auch dieser Zwist wieder beigelegt werden), wußten sie doch, daß der durch die Förderförderung entgangene Verdienst durch höhere Preise wieder wettgemacht wird. In ähnlicher Weise wie das Kohlentor arbeitet die „Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft“; ihre Direktoren brauchen drüben nur einmal zusammenzutreten und den Preis für den Liter Petroleum um einen Pfennig höher zu setzen, sofort strömt aus jeder einzelnen Petroleumkammer der Pfennigsegen, der sich für die Petroleummagnaten in Goldberge umsetzt. Kohlen, Petroleum und eine große Reihe anderer Waren, besonders die sogenannten „Markenartikel“, unterliegen absolut nicht mehr dem Gesetz der freien Konkurrenz. Der Großhandel und die Besitzer derartigster Fabriken sind allmächtig auf dem Wirtschaftsmarkt, und die lokalen Vereinigungen der Händler, besonders die Innungen der Bäcker und Fleischer, machen lebhaft Versuche, es ihren „großen Brüdern“ gleich zu tun, um bei dem allgemeinen Raubzuge auf die Taschen der Konsumenten auch ihr Schälchen ins Trockene zu bringen.

Diesen wirtschaftlichen Vergewaltigungen seitens des Unternehmertums setzt die Arbeiterklasse heute ihre wirtschaftlichen Organisationen

entgegen. Sie hat gelernt, daß nur ihre vereinte Macht dem Kapital Zugeständnisse abzurufen vermag, und wie nicht mehr der einzelne Arbeiter seinen Arbeitgeber um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen angeht, sondern die gewerkschaftliche Organisation für ihre Mitglieder mit den Unternehmern verhandelt und event. ihre Macht zwecks Erringung besserer Arbeitsbedingungen einsetzt, so haben sich dieselben Arbeiter als Käufer organisiert, um durch ihre Genossenschaften einen Gegenpol zu schaffen wider die willkürliche Preispolitik des organisierten Unternehmertums. Zwar ist die Genossenschaftsbewegung noch nicht imstande, gegen die Petroleumgesellschaften aufzutreten oder gegen die Praktiken des Kohlentors anzulämpfen, aber sie so mächtig zu machen, daß ist Sache der einsichtsvollen Konsumenten. Noch ist ja die Bewegung jung und hat eigentlich auch erst in den letzten Jahren regeres Verständnis bei der Arbeiterschaft gefunden, und doch wird in Deutschland heute schon zirka eine halbe Milliarde Mark durch die Genossenschaften unter Umgehung des Handels umgeseht, und dieser Weg zum allgemeinen Wirtschaftsmarkt muß immer mehr verbreitert und ausgedehnt werden, damit der Einfluß der Genossenschaften steigt.

Zurzeit zeigen sich die Erfolge der Konsumgenossenschaften in all den Orten, wo sie schon einigermaßen groß geworden sind, darin, daß sie für eine reellere Handhabung des Warenhandels sorgen und der Preispolitik des Kleinhandlertums ein Paroli bieten. Es liegt in der Natur der Sache, daß sie sich dabei so manche Bäcker- und Fleischerinnung, so manchen Händler- und Rabattverein zum bittersten Feinde machen. Aber auch mit stärkeren Gegnern nehmen sie den Kampf auf, wie seinerzeit der Verband der Markenartikelfabrikanten erfahren mußte.

Unsere Gewerkschaften haben zu einem Teil durch ihre Tarifarbeit die Ware **A r b e i t s t r a f f** der „freien Konkurrenz“ entzogen. Das ist unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen das einzig Richtige, und das Verlangen nach weiterer Tarifierung der Arbeitsbedingungen tritt, trotz einzelner Gegner, immer lebhafter hervor. Wir haben aber sehen müssen, daß die Besitzer der Produktionsmittel nach einem Ausgleich für den durch Zahlung höherer Löhne entstandenen Profitverlust suchten und ihn auch fanden, indem sie für ihren Waren höhere Preise bitterten. Dies konnten sie natürlich nur, weil sie nicht mehr in „freier Konkurrenz“ mit den Unternehmern der gleichen Branche standen, sondern sich mit den ehemaligen Konkurrenten vereinigten und ihre Preisverabredungen trafen. Und wir als Arbeiter müssen in unserer Eigenschaft als **K ä u f e r** ebenfalls mit dem Prinzip der „freien Konkurrenz“ rechnen, um auch hier dem Kapital einen Damm entgegenzusetzen. Die freie Konkurrenz ist hier zu verstehen als der Wunsch und die Möglichkeit, kaufen zu wollen, wo es uns beliebt. Wir müssen im Gegenteil ganz konsequent unseren Einkauf nach einer Stelle hin dirigieren und dürfen die Genossenschaft nicht als einen Ort betrachten, zu dem man hingehet, wenn es einem gerade mal paßt. Gerade die Gewerkschafter müssen aus Prinzip ihren Bedarf in der Genossenschaft decken, denn als **K u r g e w e r k s c h a f t e r** würden sie in ihren Selbsthilfebestrebungen auf halbem Wege stehen bleiben. Und den noch nicht genossenschaftlich organisierten Gewerkschaftern soll der Eintritt in die Konsumgenossenschaft und der Einkauf daselbst zur unbedingten Pflicht gemacht werden. Bei der heutigen Ausschaltung der freien Konkurrenz auf allen wirtschaftlichen Gebieten müssen auch wir sie ausschalten, wo wir nur können; wir müssen uns unsere Vereinigungen zunutzen machen durch rege Benutzung ihrer Einrichtungen. Für die Ziele der Gewerkschaften aber gibt es keine bessere Unterstützung als die Stärkung der wirtschaftlichen Position ihrer Mitglieder durch die Genossenschaften. (Vert.)

Korrespondenzen.

Berlin. Die am 27. Mai stattgefundenen, auf beschickte ordentliche Mitgliederversammlung beschickte sich nach Entgegennahme einiger geschäftlicher Mitteilungen und der Ehrnung der ver-

storbenen Mitglieder **Ab. Bethge** und **Rob. Schulze** mit den Delegiertenwahlen zum Verbandstag. Kollege **Gloth** gab die Wahlkreiseinteilung durch den Hauptvorstand bekannt, danach entfallen auf Berlin 8 Delegierte. Nachdem ein Vorschlag, 4 Delegierte aus den Reihen des Vorstandes und 4 Delegierte von den Versammlungsteilnehmern zu wählen, angenommen und eine kurze Diskussion über die vorgeschlagenen Personen stattgefunden, erhielten Stimmen: **G. Grohmann** 304, **M. Dehmel** 246, **E. Straas** 216, **G. Fink** 9, **A. Moritz** 307, **D. Feister** 110, **M. Müller** 48 und **Cl. Rünneemann** 273. Mitlin sind gewählt die Kollegen **G. Grohmann**, **M. Dehmel**, **A. Moritz** und **Kollegin Rünneemann**. Vom Vorstand sind gewählt Kollege **Gloth**, **Kollegin Teske**, **Kollege Baumgarten** und **Kollege Weich**. In der Gesamtbestimmung wurden sämtliche Delegierte bestätigt. Eine längere zum Teil sehr heftige Diskussion entspann sich über den Ausschluß von sieben Kollegen, die in der „Börsezeitung“ ein festes Arbeitsverhältnis inne haben und in der „Germania“ allabendlich gegen eine Entschädigung von 10,50 Mk. pro Woche ebenfalls noch tätig sind. Im Interesse der Arbeitslosen wurde seinerzeit eine Resolution angenommen, die derartige Ausbissarbeiten verbietet, auf Grund dieser Resolution wurden auch diese Kollegen aufgefordert, ihre Ausbissen aufzugeben. Die Kollegen weigerten sich anfänglich, erklärten sich dann mit einem Kompromißvorschlag einverstanden, bis von der Organisation mit der Geschäftsleitung in Verhandlung getreten wurde, wobei der Vertreter der Kollegen das Einverständnis derselben mit dem Kompromißvorschlag wieder zurückzog. Aus diesem Verhalten entnahm der Vorstand, daß es den Kollegen nicht ernst ist mit der Aufgabe ihrer Ausbisse und tam dadurch zu seinem Beschluß. In der Diskussion wurden die Kollegen von mehreren Seiten gewarnt, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, sie blieben bei ihrer Ansicht stehen, worauf ein Antrag auf Ausschluß mit 167 gegen einige Stimmen angenommen wurde. Einem Kollegen **M.** wurde ein unverzinsliches Darlehen von 500 Mk. bewilligt. Darauf wurde die Versammlung mit dem üblichen Hoch geschlossen.

Hamburg. Mitglieder-Versammlung am 23. Mai. Kollege **Karl Kirchner** gab die Abrechnungen vom ersten Quartal: Stiftungsfest Einnahme 274,65 Mk., Ausgabe 238,— Mk., Ueberfluß 36,65 Mk. Zentralkasse Einnahme 4621,80 Mk., Ausgabe 3190,86 Mk. Ortskasse Einnahme 1416,19 Mk., Ausgabe 1487,47 Mk. Das Hannibal-Bergnügen brachte einen Ueberfluß von 419,34 Mk. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Darauf ging Kollege **Lohe** auf den diesjährigen Verbandstag ein. Nach einer kurzen Diskussion erfolgte die Wahl der Delegierten. Gewählt wurden die Kollegen **Karl Kirchner** und **Lohe**. Unter innere Verbandsangelegenheiten gab Kollege **Selge** Nachricht von einem Protest einer Anzahl Kollegen gegen eine Anmerkung des Schriftführers im letzten Versammlungsbericht. Die Angelegenheit hätte in einer Vorstandssitzung Regelung erfahren. Auch sollen für die Zukunft Berichte keine Anmerkungen mehr erhalten. Eine längere Diskussion ergab die Abführung des Tagelohnes zum **Maifeierfonds**. Kollege **Selge** machte bekannt, daß für die Buchbrüder am Sonntagabend, den 11. Juli ein Extrazug nach Leipzig fahre. Kollegen und Kolleginnen, die sich daran beteiligen wollen, müssen sich umgehend an den Kollegen **Hohn** wenden. Die in voriger Versammlung gestellte Resolution gegen den **Art. 17** der „Solidarität“ erkrankenen Genossenschaftsartikel wurde zurückgezogen. Kollege **Rhode** verließ der Hoffnung Ausdruck, daß unsere Delegierten Gelegenheit nehmen würden, auf dem Verbandstag dagegen zu protestieren. **Selge** empfahl, die Lokalliste zu beachten. Gleichfalls wies er auf die jetzt beginnenden Sommerspiele der Bildungscommission im **Palais-Theater** hin. Kollege **Reese** machte zum Schluß auf den Gemischten Chor aufmerksam. (Eingeg. 2. 6.)

Zwidau. Die am 26. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung war nur mäßig besucht. Der Vorsitzende, Kollege **Seibel**, erklärte einmütig der Versammlung, daß jedes einzelne Mitglied schriftlich eingeladen worden sei, trotzdem seien aber nur zirka 40 Prozent anwesend. Da auf der Tagesordnung auch die Delegiertenwahl zum Verbandstag stand, wurde allgemein bedauert, daß von der Kollegschaft bei **Ullmann** zum Beispiel gar niemand erschienen war. (Hoffentlich zeigt in Zukunft das Hilfspersonal bei **Ullmann** mehr Interesse an unserem Verband, was bei autem Willen auch möglich wäre. Der Berichterstatter.) Unter Punkt 1 wurde Kenntnis genommen von den immer mehr um sich greifenden Mißständen

bei der Firma Rich. Weinberger, in bezug auf das Straßensystem und die Behandlungsart des Hilfs-personals, worunter vorwiegend unsere Kollegen schwer zu leiden haben. Kollege Seidel führte aus, daß am 7. Mai bei obiger Firma eine gemeinsame Druckereiverammlung auf unsere Veranlassung stattgefunden habe. Die Versammlung habe sich eingehend mit der Arbeitsordnung, der Behandlung des Hilfspersonals durch den Herrn Prinzipal, den Lohnverhältnissen usw. beschäftigt. (Bemerkung sei hier, daß die Arbeitsordnung dieser Firma einen vollständigen vorwärts-sinnlichen Charakter trägt und hauptsächlich nur für das Hilfspersonal in Betracht kommt. Der Berichterstatter.) Der Lohn beträgt pro Woche für Hilfsarbeiterinnen 8 bis 9 Mk., nur für eine (Vor-arbeiterin) 12 Mk., bei einer Arbeitszeit von 1/2 Stunden täglich. Strafen wegen Lappalien, Neben mit Arbeitskolleginnen und dergleichen mehr während der Arbeitszeit sind an der Tages-ordnung. Fast kein Lohntag vergeht, wo nicht einige Kolleginnen mit Strafzählungen bedacht worden sind. Leider hat dort trotz dieser Zustände das Hilfspersonal noch nicht den Mut gefunden, sich vollständig dem Hilfsarbeiter-Verband anzuschließen. Der Grund dürfte Angst vor Entlassung sein. Auf ein Flugblatt von uns, in welchem die Zustände gehörig gekennzeichnet wurden, sei keine Besserung eingetreten, im Gegenteil könne man Verschlechterung wahrnehmen. In der Diskussion wurde schließlich beantragt, infolge dieser eigen-artigen Angelegenheit die Gausleitung zu beauf-tragen, hier mit einzugreifen. Sodann erfolgte die Delegiertenwahl zum Verbandsrat. In das Wahlkomitee wurden Kollege Mehnert und die Kolleginnen Schubert und Hertel gewählt. Das Resultat ergab, daß alle Stimmen für Kindewirth-Chennitz abgegeben waren. Ferner wurde noch bekannt gemacht, daß im nächsten Monat eine Mit-gliedsbücher-Kontrolle stattfindet.

(Eingeg. 3. 6.)

Rundschau.

Der Buchdruckerverband im Jahre 1913. Es waren am 1. September v. J. 25 Jahre verflossen, seitdem der Sitz des Verbandes sich in Berlin be-findet und Emil Döblin an der Spitze desselben steht. Es gibt wohl keine zweite gewerkschaftliche Organisation, die in diesem Zeitraum eine solche Entwicklung aufweisen kann. Wir sehen da ein Anwachsen der Mitgliederzahl von 12 610 auf 68 915, ein Anschwellen des Verbandsvermögens allein in der Hauptkasse von 270 626 auf 10 658 111 Mark. Dabei hat es nur ein einziges Mal ein Zurückgehen an Mitgliedern und Vermögen ge-gaben. Das war im Jahre 1892, als Folge der schweren Niederlage in dem Reumünstentampfe. Die Fluktuation ist dem Buchdruckerverband gänzlich unbekannt. Ueber 90 Prozent der Berufs-gehörigen gehören ihm an. So reichlich auch der sich eine „christliche“ Gewerkschaft nennende Guten-bergbund alle Agitationskünste spielen läßt und so sehr auch die Bestzer und Macher der Zentrums-pressen, die christlichen Gewerkschafts- und die geist-lichen Oberen sich für diese überlaufenden „Gewerkschaft“ ins Zeug legen, der Verband bleibt un-berührt von diesem Treiben.

Die materiellen und ideellen Erfolge in den 25 Jahren können sich recht wohl sehen lassen. Der Lohn wurde im ganzen Verbandsgebiete um 31 Prozent erhöht. Durch die Bestimmungen des Tarifvertrages, der in so ausgebauter Form und einheitlicher Durchführung seinesgleichen nicht hat, sind für besondere Gruppen (Maschinenfeger) noch feststehende Zuschläge geschaffen. Außerdem existieren 622 lokale Teuerungszuschläge (vor 25 Jahren nur 67), die für nicht weniger als 89,1 Prozent aller Gehilfen Geltung haben. Da die Buchdrucker überdies einen Minimaltarif be-sitzen, so entspringt ihnen daraus noch ein anderer Vorteil: 39,4 Prozent werden zum Minimaltarif entlohnt, 58,5 Prozent aber darüber. Unter Ein-rechnung bestimmter Spezialgruppen würde das Verhältnis noch besser werden. Durch eine all-gemeine Arbeitszeitverkürzung um vier Stunden wöchentlich ist jetzt eine Wochenarbeitszeit von 53 Stunden die Regel, die von den Maschinen-fegern mit zwei Stunden weniger durchbrochen wird. Das Lehrlingswesen ist gegen früher be-deutend verbessert; in einigen Gegenden ergibt sich jedoch noch ein merkliger Abstand. Die Tarif-gemeinschaft der Buchdrucker umfaßt nunmehr 8500 Firmen in 2400 Orten und 70 000 Gehilfen, hat also beinahe reiflos alles im Gewerbe erfaßt.

Im Jahre 1913 ist auf Unternehmenseite die Scharfmacherei in weiterer Ausbreitung begriffen

gewesen, die auf eine erhebliche Umgestaltung der Dinge und Zurückdrängung des Verbandes abzielt. Es haben deshalb lebhafteste Auseinandersetzungen zwischen der Leitung des Verbandes und den Ver-tretern der Unternehmern, namentlich aber zwischen dem Verbandes- und dem Prinzipalsorgan statt-gefunden. Es wird aus diesem Grunde den deutschen Buchdruck-Unternehmern vor Augen geführt, wie in Oesterreich bei dem langen und schweren Kampfe 1913/14 zur Erneuerung des Tarifes sich gerade die Vermittlung des deutschen Tarifamtes bewährt habe; dort hatten die Unter-nehmer sich von den großindustriellen Scharf-machern zu stark beeinflussen lassen.

Dem Gutenbergsbund hat die Leitung der Unternehmerorganisation durch Ausstellung eines zweifelhaften Sichtwechselfelds für die nächste Tarif-revision (1916) die Hände gebunden in den An-griffen auf die Tariforgane. Dafür verschärfte diese Arbeiterorganisation ihre Attacken auf den Verband. Kürzlich hat sie eine Agitationsbrochure herausgegeben, die mit dem haltlosesten Zeug eher dem Zwecke der politischen Demagogie bestimmt erscheint. Eine nette „christliche“ Gewerkschaft!

Die Arbeitslosigkeit ist bei den Buchdruckern teils durch die wirtschaftlich ungünstigen Verhält-nisse, noch mehr aber durch die Folgen der maschinellen Entwicklung weiter gestiegen: 5,50 Prozent Arbeitslose, gegen 4,75 Prozent in 1912. Die durchschnittliche Dauer eines jeden Falles von Arbeitslosigkeit erhöhte sich von 24,75 auf 26,50 Tage, und zur Unterstützung der Arbeitslosen hatte ein jedes Mitglied im Jahre 1913 22,10 Mk. be-zusteuern gegen 20,80 Mk. in 1912. Im ganzen mußten im Berichtsjahre 1 513 827 Mk. zur Unter-stützung der Arbeitslosen aufgewendet werden, das sind gegen 1912 rund 136 000 Mk. mehr. Wegen der enormen Belastung wurde im Jahre 1913 die Erhöhung des Verbandsbeitrages um 10 Pf. vor-genommen. Im ganzen führt die Buchdrucker-organisation neun Unterstützungsabteilungen, unter denen die für Arbeitslose, Reisende, Kranke und Invaliden die wichtigsten sind. Das gesamte Unterstützungswesen erforderte 1913 lediglich bei der Hauptkasse eine Ausgabe von 2 997 414 Mk., das sind 201 240 Mk. mehr als 1912. Trotz dieser bei 68 915 Mitgliedern gewiß höchst respektablen Leistungen vermochte die Hauptkasse noch 889 320 Mark gutzumachen, so daß mit einem Restver-mögen von 10 658 111 Mk. am Jahreschluß zum ersten Mal die zehnte Million Vermögen über-schritten werden konnte. Für Unterstützungs-zwecke hat seit Bestehen des Buchdruckerverbandes allein die Hauptkasse 42 Millionen Mark verausgabt, mit den Gau- und lokalen Kassen zusammen 64 Mil-lionen Mark.

Der Schutzverband Deutscher Steindrucker-besitzer hält am 8. Juni in Leipzig eine ordentliche Mitgliederversammlung ab, auf deren Tages-ordnung u. a. auch ein Vortrag über die Frage der Gründung einer Streikversicherung resp. An-schluß des Schutzverbandes an eine solche vor-gesehen ist. Zum Vortragenden hat man sich den Syndikus der Vereinigung der Deutschen Arbeit-geberverbände für Streikversicherung, Dr. Tänzler, verschrieben. Was da wieder an über Scharf-macherei geleistet werden wird, geht schon aus einem kürzlich im „Schleiffstein“ veröffentlichten Artikel hervor, nach dem es ohne eine solche Streik-versicherung gar nicht mehr auszuhalten sein soll. Natürlich ist auch dieser Artikel von einem Doktor geschrieben, denn ohne diese Doktoren können unsere Scharfmacher ihre durch die Arbeiterkraft so sehr gefährdeten Interessen nicht schützen. Die „Doktoren“ aber müssen, um ihre Unentbehrlichkeit zu dokumentieren, kräftig dem Schleiffstein drehen, obzwar sie von beruflichen Dingen sowie von den Arbeiterverhältnissen keine blasse Ahnung haben. Es wundert uns bloß, daß man für diesen akademischen Berufsweig nicht schon einen be-sonderen Titel geprägt hat; Dr. scharf. z. B. würde sich ganz nett machen.

Der norwegische Lithographen-Verband im Jahre 1913. „Norsk Litografisk Forbund“, das ist der Titel unseres Bruderverbandes in Norwegen, in dem die Lithographen, Steindrucker und ver-wandten Berufsgehörigen organisiert sind. Die Arbeitsverhältnisse unserer norwegischen Kollegen sind durch Zentraltarife geregelt, sowohl für Litho-graphen, Steindrucker und das Hilfspersonal wie auch durch einen besonderen Tarif für Chemi-graphen. Dadurch verlief das Jahr 1913 für den Verband insofern in größter Ruhe, weil alle Differenzen durch die Tarifinstanzen geregelt werden. Allerdings mußte auch im vergangenen Jahre einigen eingewanderten Streikbrechern dazu verholfen werden, daß sie sich schleunigst wieder

verzogen. Denn Norwegen ist kein Asyl für solche Elemente; sobald dort ein Nachkollege auftaucht, der anderswo sich als berufsständiger Streikbrecher oder durch andere Unlofigkeiten hervorgetan hat, so wird ihm mit Recht die Tür gewiesen. Unsere Kollegen in Norwegen sind sehr gut organisiert und halten fest zusammen. Die Mit-gliederzahl des Verbandes ist von 420 auf 435 ge-stiegen. Organisiert waren am Schluß des Jahres von 72 Lithographen 70; von 79 Chemigraden 77; von 164 Steindruckern 159. Außerdem sind drei Lithodrucker, 20 Steinschleifer, 12 Chemigraden-Monteure und 94 Mädchen Mitglieder des Verbandes. Die Gehilfen sind somit zu 97 1/2 Prozent organisiert! Den Verbandsmitgliedern gingen im Jahre 1913 insgesamt 4458 Arbeitstage verloren = 10,48 Prozent und zwar: 75 Mitglieder waren zusammen 2033 Tage krank = 4,78 Prozent; 40 Mitglieder waren zusammen 969 Tage arbeitslos = 2,28 Prozent und 32 Mitglieder gingen zusammen wegen Waffennübung 1456 Arbeitstage verloren = 3,42 Prozent. — Die Klassenverhältnisse des Verbandes sind günstig. Die Gesamtein-nahmen betragen 28 072,58 Kronen, und zwar für Einschreibgebühren 70,— Kronen, für Beiträge 25 523,50 Kronen, für Zinsen 1414,46 Kronen und für Staatszuschuß zur Arbeitslosen- und Krankenkasse des Verbandes 1064,62 Kronen. — Um den staatlichen Zuschuß zu genießen, der 33 Prozent der ausgezahlten Arbeitslosen- und Reiseunterstützung beträgt, ist die Arbeitslosenkasse des Verbandes vom Staate beglaubigt. Die Verbandskrankenkasse ist den Bestimmungen des neuen Krankengesetzes untergeordnet und dadurch ebenfalls vom Staate beglaubigt. Dadurch brauchen die Mitglieder bis zum Jahresverdienst von 1400 Kronen nicht in der Oriskasse zu sein. Für jedes dieser Mitglieder erhält der Verband bei Krankheit an Zuschuß vom Staate drei Kronen wöchentlich (1,50 Kronen von der Kommune und 1,50 Kronen vom Arbeitgeber).

Die Gesamtausgaben des Verbandes im Jahre 1913 betragen 23 901,18 Kronen. Darunter befinden sich für: Reiseunterstützung 708,10 Kronen, Arbeits-losenunterstützung 2415,— Kronen, Krankenunter-stützung 5627,95 Kronen, Invalidenunterstützung 93,60 Kronen, Witwenunterstützung 870,96 Kronen, Waisenunterstützung 84,— Kronen, Krankenhau-skosten 326,65 Kronen, Arztgehonorare 3844,15 Kronen, Sterbegelder 1100,— Kronen und für Beitrag an die Landeszentrale 2047,83 Kronen. — Der Jahresüberschuß befreit sich demnach auf 4171,40 Kronen, wodurch das Vermögen des Ver-bandes auf 41 082,17 Kronen gestiegen ist. Pro Mitglied beträgt das Vermögen 94,44 Kronen. Der norwegische Lithographenverband steht sowohl hinsichtlich des Organisationsverhältnisses, als auch des Restvermögens der Mitglieder an der Spitze der norwegischen Gewerkschaften und in der ersten Reihe der Berufsverbände der anderen Länder. Selbstverständlich gehört der norwegische Lithographenverband auch der Internationale an, dem internationalen Bund der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, dessen Sekretariat seinen Sitz in Berlin hat. Mit dem deutschen Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe steht er außerdem noch durch einen besonderen Vertrag in einem er-weiterten Gegenseitigkeitsverhältnis. Dieses regelt den Eintritt nach Deutschland oder Norwegen zu-reisender und in Stellung tretender Mitglieder, denen beim Uebertritt alle erworbenen Rechte gegenseitig angedehnt resp. gutgeschrieben werden.

Die Durchschnittslöhne unserer norwegischen Kollegen beziffern sich wie folgt: für Lithographen 38,58 Kronen gegenüber 36,75 Kronen im Jahre 1912; für Chemigraden 35,12 Kronen gegenüber 35,98 Kronen in 1912; für Umbruder 35,68 Kronen gegenüber 32,61 Kronen und für Maschinenmeister 36,45 Kronen gegenüber 34,69 Kronen im Jahre 1912. (Eine norwegische Krone beträgt nach deutschem Gelde 1,12 Mk.)

Schließlich wäre noch zu berichten, daß am Ende des Jahres 1913 in Norwegen 33 litho-graphische und 16 chemigraphische Anstalten existierten. Im Gang waren 108 Handpressen, 88 Flachdruckmaschinen, 8 Notationsmaschinen und zehn Offsetmaschinen.

Eingegangene Druckschriften.

Zunfliederbuch. Gesellige Lieder nach schönen Weisen für Buchdrucker, Buchbinder, Buchhändler und das gesamte Buchgewerbe. Mit Umschlag-zeichnung und sechs Bildern von Erich Gruner. Preis 25 Pf. (100 Exemplare wurden auf Ech-tbüchlein abgezogen und handfotografiert. Preis 3 Mk.)